Humanistische Union

Quartalsbericht Nr. 165 (März 1999)

Bericht des Landesverbandes Berlin für die Mitteilungen Nr. 165 (März 1998)

Bei der **Mitgliederversammlung** des Landesverbandes am 2.Dezember resümierte die scheidende Vorsitzende Ingeborg Rürup dieArbeit der vergangenen der letzten Jahre, in denen wir 11Veranstaltungen mit einer Themenpalette von Bioethik, Schule undReligion bis hin zur öffentlichen Sicherheit organisiert haben. Nebenden zahlreichen Kooperationen mit anderen Initiativen und Vereinenhaben wir eine Reihe von Anliegen durch Petitionen, Protest- undLeserbriefe vertreten. Zum neuen Vorsitzenden wurde Roland Ottegewählt, der Ingeborg Rürup für ihr langjähriges Engagement alsVorsitzende dankte und seine Freude darüber ausdrückte, daß sieweiterhin im Landesvorstand aktiv sein will. Als weitere Mitglieder desLandesvorstands wurden Sigrid Kleinschmidt, Ingeborg und Katharina Rürup, Thymian Bussemer, Martin Kutscha, Dan Richter, Björn Scheerund Andreas Schmidt gewählt. Künftige thematische Schwerpunktewerden vor allem die Themen Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit,Rechte von MigrantInnen und Religionsunterricht sein.
Zum Schluß der Versammlung boten Anna Elmiger und IngeborgRürup einen Rückblick auf die letzten 20 Jahre HU-Arbeit in Berlin, indenen sie die Geschicke des Landesverbandes leiteten. Anhand derausgegrabenen Flugblätter und Plakate konnten wir verfolgen, mitwelcher Kontinuität bestimmte Themen präsent sind und wie sich dieAktionsformen geändert haben.

Bei unserer Podiumsdiskussion zum **Anti-Diskriminierungs-Gesetz**stellte Günter Dworek (Bundestagsfraktion der Grünen) den Bonner Diskussionsstand bezüglich dieses Koalitionsvorhabens dar. Unter der Moderation von Ingrid Lottenburger diskutierten außerdem RezaRassouli (Anti-Diskriminierungs-Büro), Anja Kofbinger (InternationalLesbian and Gay Association) und Martin Marquardt (BerlinerBehindertenverband)über Möglichkeiten und Grenzen eines Gesetzeszum Schutz vonMinderheiten.

Am 17.12. gab es auf unsere Einladung einen Runden Tisch zurEinführung von **islamischem Religionsunterricht**. Nach dem Urteildes Berliner Verwaltungsgerichtes, das der Islamischen Föderation dasRecht auf Erteilung von Religionsunterricht beschied, stellt sich fürBerlin noch dringlicher die Frage, wie diese Angebote künftigorganisiert werden sollen. Bisher sind alle Formen des Religions- undWeltanschauungsunterrichtesfür Berliner SchülerInnen fakultativ. Andem Gespräch nahmen neben VertreterInnen verschiedener islamischerund türkischer Gemeinschaften in Berlin auch VertreterInnen derbisherigen Anbieter von Religionsunterricht, des Senats und verschiedener wissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen teil. Inzwischen überlegt der Landesverband Berlin, einen eigenen Vorschlag zu erarbeiten, der die Trennung von Staat und Kirchen beachtet und zugleich eine stärkere Thematisierung religiöser und ethischer Fragen im Unterricht erlaubt, bei der die verschiedenen Religionsgemeinschaften gleichberechtigt behandelt werden. Für den 10. März ist dazu ein Arbeitstreffen des Landesvorstandes angesetzt, auf dem ein solches Konzept besprochen werden soll.

Mit Briefen an das Präsidium und verschiedene Ausschüsse des Bundestages haben wir uns gegen die **Verbannmeilung des Berliner Stadtzentrums** eingesetzt. Recht gute Aussichten hat inzwischen eine

https://berlin.humanistische-union.de/thema/quartalsbericht-nr-165-maerz-1999/
Abgerufen am: 17.11.2026